



# Verbands-Anzeiger

Organ des Verbandes der Maler, Lackierer, Anstreicher, Tüncher und Weißbinder

Nr. 8

Das Blatt erscheint jeden Spatzen.  
Abonnementspreis M. 1,50 pro Quartal.  
Redaktion und Expedition: Hamburg 25,  
Claus-Groth-Str. 1. Fernr. Nordsee, 8244.

Hamburg, den 21. Februar 1920

Anzeigen kosten die sechsgespaltene Non-  
pareilzeile oder deren Raum 50 Pf. (Der  
Betrag ist stets vorher einzufenden).  
Verbandsanzeigen kosten 25 Pf. die Zeile.

34. Jahrg.

## Das Lohn- und Tarifabkommen bei den zentralen Tarifverhandlungen in Berlin.

Die Fortsetzung der Tagung am 7. Februar fand unter der Leitung des Herrn Kruse vom Reichsarbeitsministerium statt. Nachdem ihm über den Gang und Stand der bisherigen Beratungen kurz Bericht gegeben worden war, hielt er eine für zweckmäßig, vorerst die Lohnfrage zu regeln, in diese sei die wichtigste, die weiteren Verhandlungen über das Tarifmuster würden sich dann leichter erledigen lassen. Von Arbeitgeberseite wurde verlangt, zuerst das Tariffschema zu beraten, während von unsern Vertretern der gegenteilige Standpunkt dargelegt wurde. Darauf wurde in die Verhandlung der Lohnfrage im allgemeinen eingetreten. Kollege Streine gab die folgenden Vorschläge der Gehilfenorganisation bekannt:

1. Den Gehilfen des Maler-, Lackierer-, Anstreicher-, Tüncher- und Weißbindergewerbes wird eine weitere Lohn-erhöhung gewährt. Diese beträgt für Lohngebiete mit über 100 000 Einwohner M. 1,20, für alle übrigen M. 1 für jede geleistete Arbeitsstunde.

2. Für Städte mit teureren Lebensverhältnissen, oder dort, wo in benachbarten und gleichgearteten Lohngebieten höhere Löhne bestehen, ist die Zulage in den jeweiligen Gebieten entsprechend zu erhöhen. Ferner ist zu berücksichtigen, ob in andern, dem Malergewerbe nahe liegenden Berufen, besonders des Baugewerbes, in den einzelnen Lohngebieten höhere Löhne vereinbart sind. In solchen Fällen müssen die Löhne der Gehilfen des Maler- gewerbes jenen mindestens gleichgestellt werden.

Nach kurzer sachlicher Begründung der Lohnerböhrungen, die nur den notwendigsten Bedürfnissen entsprechen, gab er als den Bezirken dieserigen Orts bekannt, für die außerdem noch eine besondere Zulage von 10, 20 und 30 % die Stunde folgen soll. Darunter befinden sich auch Orte, die nicht unter den Reichstarif fallen, für die also brüchlich verhandelt werden muß. Wegen der übrigen werden die Gauvorsitzenden der Arbeitgeber und unsere Bezirksleiter noch in nähere Besprechungen eintreten.

Zur Hauptforderung machte Herr Kruse den Vorschlag M. 1 für Großstädte und 80 % für alle übrigen Orte. Die Verhandlungen im Baugewerbe mußten abgewartet werden. Kollege Streine erklärte, daß die Gehilfenvertreter bis an die Grenze des Möglichen herantorgetreten, alle weitergehenden Forderungen seien nur aus dem Grunde zurückgestellt worden, um die Verhandlungen nicht zu erschweren. Das zeige sich auch recht deutlich in der in- dischen stattgefundenen Aussprache mit den Gauvertretern. Er hoffe bestimmt, daß in allen Bezirken eine Verständigung erreicht werde. Herr Kruse wünscht, daß auch ein Termin festgesetzt werde, wie lange die Abmachung gelten soll. Nach eingeholten Sonderberatungen der beiderseitigen Vertreter erklärte Kollege Streine, daß wir an unserer Forderung unbedingt festhalten müßten. Viele Mitglieder forderten schon im Januar ab den Lohnausgleich, wir seien bereits entgegen- gekommen, indem wir auf den 15. Februar zurückgingen. Die Festsetzung eines Endtermins sei in der gegenwärtigen Zeit sehr schwer. Die Gehilfenvertreter verkennen nicht, daß der Wunsch hierfür berechtigt sei, doch dürfte über den Mai dieses Jahres nicht hinausgegangen werden. In der Industrie und im Baugewerbe ständen in Kürze weitere Verhandlungen bevor, da könnten wir nicht zu weit zurück- gehen.

Der Vorsitzende schlägt vor, einen Termin von 3 Monaten festzusetzen, mit der Klausel, daß, wenn besondere Verhältnisse während dieser Zeit eintreten, dies berücksichtigt werden müsse. Die Arbeitgebervertreter ersuchen um eine weitere Verlängerung des Termins. Die Verhandlungen im Plenum und die Einzelverhandlungen der Parteien unter sich zog sich bis in die Abendstunden hin, nachdem auch ein weitergehendes Angebot von M. 1,10 und 90 % von unsern Vertretern nicht akzeptiert worden war. Nach weiterer Sonderberatung der Arbeitgeber gab dann Herr Kruse die Erklärung ab, daß die Forderung der Gehilfenorganisationen annehmen, aber am

1. Juni festhalten. Nachstehendes Lohnabkommen auf Grund der Verhandlungen vom 5., 6. und 7. Februar 1920 wurde nunmehr den Organisationen zur Annahme vorgeschlagen:

Den Gehilfen des Maler-, Lackierer-, Anstreicher-, Tüncher- und Weißbindergewerbes wird zu den jetzt ge- zahlten Löhnen und Teuerungszulagen eine weitere Lohn- zulage gewährt.

Diese beträgt für Lohngebiete über 100 000 Einwohner M. 1,20, für Lohngebiete unter 100 000 Einwohnern M. 1 für jede Arbeitsstunde.

Zu dieser Lohnzulage gehört der von den Vertretern der Bezirke, Gau- beziehungsweise Landesverbände vereinbarte Lohnausgleich (siehe Anlage). Für die Landesteile, wo unter den Vertretern eine Verständigung nicht erfolgt ist, ist diese brüchlich oder bezirksweise bis zum 1. März herbeizuführen, andernfalls wird das Haupttarifamt bis zum 6. März darüber entscheiden.

Das Lohnabkommen tritt ab 15. Februar in voller Höhe in Kraft und gilt bis zum 31. Mai 1920. Sollte jedoch auf Beschluß der Zentralarbeitsgemeinschaft oder auf Erlaß zuständiger Reichsbehörden wegen unvorhergesehener Verteuerung der Lebenshaltung eine besondere Zulage all- gemein erfolgen, so werden sich die Vertreter der ver- trags- schließenden Verbände über die Anwendbarkeit einer solchen Zulage verständigen.

Für Vorbereitung des Tarifmusters zum Reichstarifvertrag und zur genauen Formulierung des Lohnabkommens wurde eine Kommission eingesetzt, bestehend aus den Kollegen Streine, Zimmermann und Brauer, letzterer vom Christlichen Verband, und den Herren Kruse, Hansen und Busch, letzterer vom Bund Deutscher Dekorationsmaler. Diese erledigte ihre Arbeit in achtstündigen Verhandlungen am Sonntag, 8. dieses Monats; das Resultat dieser Beratung lag Montag dem Plenum vor.

Die Vorschläge der Kommission wurden zwar eingehend bis in die späten Abendstunden hinein diskutiert, aber doch nur in belanglosen Einzelheiten abgeändert. Nur die zur Regelung der Ferien vorgeschlagenen Bestimmungen, die den länger als 1 Jahr in einem Betriebe beschäftigten Kollegen einen Urlaub von jährlich 8 Tagen, steigend vom dritten Beschäftigungsjahre ab je 1 Tag mehr bis zu 6 Tagen, unter Fortzahlung des Lohnes gewähren sollten, wurden von den Arbeitgebern abgelehnt, weil unsere Vertreter sich entschieden weigerten, die Zuschläge für Überstunden, Nacht- und Sonntagsarbeit von 25 pSt. beziehungsweise 50 pSt. etwa um die Hälfte herabzusetzen. Schließlich wurde vereinbart, die Behandlung der Ferienfrage bis zu den Verhandlungen über ein neues Lohnabkommen zu vertagen.

Ueber das vorgeschlagene Tarifabkommen werden wir im nächsten „Verbands-Anzeiger“ eingehender berichten und dieses selbst, wenn es durch Annahme beider Parteien zum Abschluß gekommen ist, an gleicher Stelle zum Abdruck bringen. Hier sei zusammenfassend nur folgendes hervorgehoben: Es wurde eine 8 1/2 starbeitszeit von wöchentlich 48 Stunden festgesetzt. Die tägliche Arbeitszeit ist örtlich zu vereinbaren; Sonnabends und vor hohen Festen kann ein früherer Arbeitschluß eintreten. Bei den Schönen soll nur noch der Lohn für Gehilfen über 20 Jahre im Tarif ein- getragen werden; Gehilfen unter 20 Jahren erhalten ganz generell 10 % weniger. Die bisherigen Teuerungszulagen gehören nun mit zum Tariflohn. Besondere Vereinbarungen für Gehilfen im ersten Gehilfenjahr und Invalide sind dem Ortstarifamt oder dem Verbandsvertreter zu melden, andernfalls gilt der Tariflohn. Die bekannten Bestimmungen über die Gegenleistung der Gehilfen, ferner die sogenannte Agitationsklausel und alle überflüssigen Vorschriften über Maßnahmen bei Tarifüber- tretungen wurden gestrichen. Zur Tarifüberwachung wurden die Gautarifämter beseitigt; an ihrer Stelle können die Parteien Schiedsgerichte von Fall zu Fall einsetzen. Sonst entscheidet das Haupttarifamt. Dieses wiederum wird in Zukunft nur mit einem Unparteilichen und mit 8 statt bisher 16 Parteivertretern besetzt, damit es schneller arbeiten

kann. Die Zuschläge bei Arbeiten außerhalb des Tarif- ortes sind örtlich neu festzusetzen. Für Arbeiten mit wesent- lichen Arbeiterschwerungen sind statt 5 % nunmehr 20 % zu zahlen, wenn nicht bereits mehr festgesetzt ist. Die Be- stimmungen über die Bekämpfung der Schmutzkonkurrenz wurden bis auf einige allgemeine Anordnungen, gemäß unserer Vorlage, gestrichen. Die Verbringungsfrage wurde durch Einfügung der Bestimmungen hierüber aus den Richt- linien zur Gemeinschaftsarbeit vom November 1918 in dem Tarif erledigt. Die Vertretung der Arbeiter in den Betrieben soll nach den Vorschriften des Betriebsräte- gesetzes erfolgen. Arbeitsnachweise auf paritätischer Grundlage sollen in allen Orten errichtet werden. Bei Akkordarbeit sind die Akkordsätze vor Beginn der Arbeit festzusetzen.

Sind Lohn- und Tarifabkommen auch 2 verschiedene Vereinbarungen mit verschiedenen Ablaufzeiten, so kann jedoch das eine nicht ohne das andere angenommen oder abgelehnt werden. Die Kollegen müssen sich also über beides zusammen entscheiden.

Am Schlusse der Verhandlungen ereignete sich eine kleine Sensation. Der Vertreter des Sächsischen Meisterverbandes, der von Anfang an den Verhandlungen beizuhelfen, sich an diesen auch persönlich mit beteiligte und sie mehrfach sogar recht erschwerte, erklärte plötzlich zum allgemeinen Erstaunen, daß er das Lohnabkommen seinen Mitgliedern nicht unter- breiten könne, denn über dieses habe er wegen mangelnder Information nicht mit verhandeln können. Ueberhaupt sei er nicht Tarifkontraheent, denn er beziehungsweise sein Verband gehöre dem Arbeitgeberverband seit 1. Januar nicht mehr an. Der Herr Vorsitzende kennzeichnete dieses Verhalten in so entschiedener Weise, daß Herr Schirmer sich veranlaßt sah, sich zu entfernen. Natürlich werden unsere sächsischen Kollegen das Verhandlungsergebnis, einschließlich des Lohn- abkommens, wenn es allgemein angenommen ist, auch für sich als verbindlich ansehen.

Nach Festsetzung des 1. März als Zeitpunkt, an dem die beiderseitigen Zentralorganisationen für die Gesamtheit ihrer Mitglieder beim Reichsarbeitsministerium über die Annahme oder Ablehnung der vereinbarten Abkommen sich zu erklären haben, wurden die umfangreichen, trotz wiederholt sehr zu- gespitzten doch allgemein durchaus sachlich geführten Ver- handlungen abends 8 Uhr mit den üblichen Dankworten an den Herrn Unparteilichen geschlossen.

## Sozialisierung des Bau- und Wohnungswesens.

Der Wille zur Sozialisierung unseres Wirtschafts- lebens, der in den Arbeitermassen Deutschlands lebendig ist, macht sich besonders auch unter den Angehörigen des Baugewerbes bemerkbar. Das geht hervor aus den Dis- kussionen über dies zeitgemäße Thema, die in den Sach- zeidungen, den Versammlungen, auf den Verbandslagen und bei einzelnen Zusammenkünften gepflogen werden. Gerade das Baugewerbe ist an dem Soziali- sierungsproblem ganz hervorragend inter- essiert, weil seine Tätigkeit mehr als die anderer Berufszweige eine öffentliche Angelegenheit ist. Nicht nur deshalb, weil Staat und Gemeinde in großem Umfange Auftraggeber unseres Gewerbes sind, sondern auch deshalb, weil jedermann ein lebhaftes Interesse hat an einer ge- sunden, geräumigen, preiswerten Wohnung. Welche Be- deutung die Wohnungsfrage für jeden einzelnen Menschen und damit für die Gesamtheit hat, braucht in der heutigen Zeit wohl nicht erst gesagt zu werden. Es gewinnt immer mehr den Anschein, als ob der private Kapitalismus auf dem Gebiete des Bauwesens völlig verlagert — viel mehr noch als auf allen andern Gebieten unseres Wirtschafts- lebens —, und auch hieraus erklärt sich der Drang, auf dem Wege einer Sozialisierung des Baugewerbes den Ver- such zu machen, aus dem Elend unseres Wohnungswesens herauszukommen. Das ist nun einmal nicht anders:

Wenn der Kapitalismus versagt, muß der Sozialismus eingreifen.

Bei der Verwirklichung dieses an und für sich richtigen Gedankens wirkt sich sofort die Frage auf, welcher Weg eingeschlagen werden soll. Dabei scheiden sich die Geister, und die Auseinandersetzungen beginnen. Unter Vergeßlichkeit des Wirtschaftslebens kann man nämlich ganz Verschiedenes verstehen, weil der Begriff Gesellschaft recht dehnbar ist. Die einen sprechen davon, daß der Staat oder die Gemeinde die Betriebe übernehmen sollte, andere wollen Genossenschaften bilden, die einzelne Betriebe oder Betriebszweige in die Hand nehmen sollen, wieder andere denken sich freie Arbeitsgemeinschaften, die bald hier, bald da wirtschaftliche Unternehmungen gründen und betreiben. In äußerst interessanter Weise behandelt August Ellinger, der Redakteur des „Grundstein“, diese Frage in einer jüngst erschienenen Schrift „Sozialisierung des Bau- und Wohnungswesens“, deren Studium wir jedem empfehlen können, der sich in dies schwierige Problem hinarbeiten will. Der Verfasser weist darauf hin, daß der Verbandstag des Deutschen Bauarbeiterverbandes, in dessen Auftrage die Schrift verfaßt ist, auf dem Standpunkt der Verstaatlichung und Kommunalisierung des Baugewerbes gestanden habe, ohne jedoch die Frage zu erörtern, wie denn eigentlich der verstaatlichte oder kommunalisierte Betrieb organisiert sein müsse, um rentabler und sozialistischer zu wirtschaften als die privatkapitalistische Betriebe. Er weist ferner darauf hin, daß sich überall in Staats- und Stadtparlamenten, selbst dort, wo sozialistische Mehrheiten vorhanden sind, ein starker Widerstand gegen eine Verstaatlichung oder Kommunalisierung des Baugewerbes bemerkbar mache, weil man davon einen allgemeinen Rückgang der Leistungen und eine Verteuerung des Bauens befürchtet. Dagegen hat sich die Entwicklung in ganz überraschender Weise in der Richtung zur Vergenossenschaftlichung vollzogen. In zahlreichen Orten haben sich die Arbeiter des Baugewerbes zu Genossenschaften oder Arbeitsgemeinschaften zusammengeband und unter Ausschaltung der Privatunternehmer Arbeiten von Staaten, Gemeinden und andern öffentlichen Körperschaften übernommen.

Auf Veranlassung des Deutschen Bauarbeiterverbandes hat am 5. und 6. Februar dieses Jahres eine Konferenz von Leitern sozialer Baubetriebe und Baugenossenschaften in Hamburg getagt, die über die bisherigen Ergebnisse der Arbeit berichten und über weitere Wege zum Ziel beraten sollte. An dieser Konferenz haben auch Vertreter anderer Gewerkschaften teilgenommen, die am Bauwesen interessiert sind. Ueber die bisherigen Ergebnisse läßt sich noch nicht viel sagen, da die Zeit noch zu kurz ist, aber so viel ging aus den Aussprachen deutlich hervor, daß die Schwierigkeiten überaus groß sind. Uebereinstimmung herrschte darüber, daß ein sozialer Baubetrieb nur dann leistungsfähig sein kann, wenn er über tüchtige, gewissenhafte Arbeiter, über eine sachkundige Leitung und über genügendes Betriebskapital verfügt und wenn er sich erreichbare Ziele setzt. Das letztere wurde deshalb betont, weil es unter den Gründern und Leitern dieser neuen Betriebe Leute gibt, die die Welt im Sturme erobern wollen und dabei den Boden unter den Füßen verlieren. Was die sachkundige Leitung anbetrifft, so glaubt man, daß es an einer solchen nicht fehlen wird, wenn man sich darum bemüht, und was die tüchtigen, gewissenhaften Arbeiter angeht, so erhofft man, daß auch diese in reichem Maße vorhanden sein werden, falls in die Arbeiterschaft die Ueberzeugung hineingebraucht wird, daß sie nicht mehr unter der Knute und zum Vorteil des Kapitalisten schuftet, sondern zum eigenen Vorteil und zur Förderung des Allgemeinwohles arbeitet.

Die wichtige Frage der Geld- und Kreditbeschaffung stand im Mittelpunkt der Aussprache. Es wurde beschlossen, einen Verband sozialisierter Baubetriebe zur gegenseitigen Unterstützung zu gründen und um die Mithilfe der Regierungen, Behörden und aller gemeinnützigen Körperschaften zu werben. Dem neuen Verband wurden Richtlinien mit auf den Weg gegeben, die der bekannte Stadtbaurat Dr. Martin Wagner in Charlottenburg entworfen hat. Es heißt darin:

1. Sozialismus ist Neuland, das nicht als Paradies erbeutet und in Besitz genommen werden kann; Sozialismus ist Neuland, das der kapitalistischen Brut mühsam und Scholle um Scholle abgerungen werden muß. Diese Schollenarbeit der Pioniere einer neuen Gemeinwirtschaft muß unter Schutz gestellt werden; ihrer Hände Arbeit muß eingedeicht werden durch einen Verband sozialer Baubetriebe. 2. In den Aufbau einer neuen Gemeinwirtschaft können wir nur unter der Perspektive einer Generationen fesselnden harten Arbeit herangehen. Der Bau muß fest fundiert sein. Er muß auf eine enorme wirtschaftsstatistische Widerstandskraft hin angelegt werden und darum einen gewissen Ueberfluß an Fundament aufweisen, das von der kapitalistischen Brut nicht unterpült werden kann. 3. Die ersten sozialisierten Betriebe werden bis zum Heile in dieser kapitalistischen Brut stehen. Ihre Arbeit ist eine Pionierarbeit. Sie sind die Sturmtruppe für den Sozialismus.

Schwächlinge können diese Sturmtruppe nicht brauchen. Sie sollen Wirtschaftsweise für den Sozialismus bringen unter denkbar erschwerten Umständen. Die jungen Betriebe müssen darum erhöhte Erträge, nicht den kleinen, sondern den großen Befähigungsnachweis erbringen, wenn ihre Arbeit die Beweisstrafe für eine Verallgemeinerung haben soll; und das muß sie. 4. Der Verband sozialer Baubetriebe hat die schwere Aufgabe, die in aufopfernder und verantwortungsvoller Arbeit stehenden Sturmtruppe unter seinen Schutz zu nehmen und neue Sturmtruppe zu bilden und zur Arbeit anzuführen. Seltensfalls darf er zu einem Lazarett verunglückter Betriebe oder verfehlter Gründungen werden. Er muß sich das Recht der Musterung und Auslese, das Recht schärfster Kontrolle und wirtschaftspolitischer Leitung vorbehalten.

Als Träger dieser sozialen Baubetriebe kommen in Betracht: die Bauarbeiterverbände, die Arbeiterschaft, die gemeinnützigen Siedlungsgesellschaften, Gemeinden, Staat und Reich. In Ermangelung einer besseren Gesellschaftsform soll der Verband vorläufig als Gesellschaft mit beschränkter Haftung oder als Aktiengesellschaft mit einem Kapital von mindestens 10 Millionen Mark ins Leben treten. Die Beschaffung des Betriebskapitals hofft man durch eifrige Werbearbeit zusammenzubringen, wobei man auf die tatkräftige Unterstützung der Gewerkschaften des Baugewerbes rechnet, die ja ihrem Wesen nach selbst nicht Träger wirtschaftlicher Unternehmungen sein können.

Ersieht die Zukunft kann lehren, wie weit sich diese Ziele werden verwirklichen lassen; aber soweit steht schon heute fest, daß es eine unabweißbare Notwendigkeit ist, Hand an Werk zu legen, damit wir aus den theoretischen Erörterungen endlich einmal zur Praxis gelangen. Wo ein ernstster Wille vorhanden ist, da wird es auch an einem Erfolg nicht fehlen.

### Arbeit und Wohnung.

Jeder Mensch hat eine Wohnung nötig, die sein Glück tragen soll. Jedem von uns allen ist unser Heim der Mittelpunkt der Welt. An unser Heim denken wir bei unserer Arbeit, unser Heim gibt uns die Kraft zur Arbeit, und mögen wir in schönsten Stunden oder an schönsten Orten draußen sein, so denken wir doch allerorts und immerdar zurück an unser Heim.

Wie mühte uns allen dieses unser Heim schön sein und wonnig, wie mühte es uns allen eine wahrhaft würdige Hülle sein unseres Glücks. Aber da ist es so eng und so beschränkt und so bar aller sonstigen Freiheit. Und warum? Ist nicht genügend Raum auf der Erde? Ist nicht von Natur so billig der Boden? Warum wurde er denn so eng und so teuer? — Durch unsere Arbeit. Weil wir arbeiteten, weil wir durch unsere Arbeit das wirtschaftliche Leben hoben, das dann immer weitere Masse n nötig hatte, die wohnen wollten. Weil wir arbeiteten, darum war der früher fast wertlose Boden plötzlich so teuer; denn jetzt wurden auf ihm so viele einkaufert, die zusammen hohe Zinsen brachten. Weil wir arbeiteten, darum wurde der Raum plötzlich so eng; denn die Zinsen wurden um so höher, je mehr Menschen man zum Mietzins zusammenpferchte. Weil wir arbeiteten, darum wurde dem Bodenbesitzer so plötzlich der Geldbeutel gefüllt — ohne Arbeit. Weil wir arbeiteten, darum wurden reich all die Bodenkäufer nacheinander, weil sie immer mehr aus dem Boden herauszschlugen — ohne Arbeit.

Ist das fittlich? Ist ein einziger in der weiten Welt, der das in seinem tiefsten Innern wahrhaft natürlich, fittlich nennen kann? Und das ist der Kapitalismus! Voll Schweiß und Mühe die Arbeit, und durch die Arbeit dem Nichtarbeiter der Gewinn. Und das gar bei dem wichtigsten Faktor unserer Lebensexistenz, bei unserer Wohnung, die einem jeden das Glück tragen soll. Es gibt nichts, das uns gerade heute in der Zeit höchster Wohnungsnot und größten Wohnungswuchers deutlicher die ganze Unnatürlichkeit, die ganze volle Unfittlichkeit der Entwicklung des kapitalistischen Arbeitslebens zeigt, als unsere Wohnung. Wenn durch die Sozialisierung nur die Arbeit Lohn bringt: erst dann ist nach der Arbeit möglich das Glück daheim.

### Lohnbewegungen und Streiks.

Potsdam. Die Lohnstreitigkeiten bei der Firma Zimmermann in Potsdam sind geregelt worden. Der Mindestlohn betrug vormals M. 2,30. Der Höchstlohn M. 8 pro Stunde. Durch Verhandlung sind 20 pSt hinzugekommen, und jetzt beträgt der Mindestlohn M. 2,70, der Höchstlohn M. 8,60. Es soll aber in nächster Zeit nochmals verhandelt werden.

### Die abgestellte Hungersnot.

Als im Lande Hungersnot war und dem König ward berichtet, in des Reiches reichsten Städten lürden viele Arme Hungers, — hieß! Welche rasche Ankauf! Paris traf, der Kaiserhöflich: Eigenhändig schrieb er einen Brief an jene Stadt im Reiche dieses Inhalts: „Wo ein Armer Hungers lürdet in eurer Mauer, werdet ihr für den Armen einen Reichen nehmen und im Kerker auch ihn Hunger lürden lassen!“ Niemand lürdet im Lande Hungers, und die Reichen selber brauchen nicht zu hungern, mit den Armen nur den Hunger zu teilen. Friedrich Rückert.

## Aus unserm Beruf.

**20jähriges Stiftungsfest der Filiale Karlsruhe.** Am Sonntag, 20. Januar, feierte die Filiale ihr 20jähriges Bestehen. Um die Kosten für eine geübtere Feier zu sparen, wurde es nur im Mittalbeirkreis abgehalten. Eingeleitet wurde die Feier am Nachmittage durch eine Generalversammlung im Gröndungslokale „Stadt Berlin“, zu der die Kollegen mit ihren Frauen und die Beihilgen zahlreich erschienen waren. Als Vertreter der Hauptvorstände war der Bezirksleiter Kollege Paul Vogt erschienen, der in einer einhalbstündigen Rede den Werdegang der Gesamtorganisation schilderte. Der Besall zeigte, daß die Anwesenenden mit den Ausführungen im vollen Sinne einverstanden waren. Durch die Filialeitung wurde sodann der örtliche Entwicklungsgang der Filiale vorgetragen. Hieran schloß sich der gemüthliche Teil. Der Vereinswirt Julius Ohse, der sein Amt als schon 30 Jahre fährt, hatte den Anwesenden eine Kaffeezeit spendiert. Der Kollege Wofes trug einen dem Tage entsprechenden wirkungsvollen Prolog vor. Dann trat der Land in seine Rechte, der abgezeichnet wurde mit Vorträgen verschiedener Art, die mit großem Beifall belohnt wurden. Die Feststimmung hielt die Kollegen bis zum Ende alle zusammen. Abge das Fest gezeigt haben, was in den 20 Jahren geleistet worden ist, und ein Umporn sein für die weiteren Jahre.

**Silberstein. (Jahresbericht.)** In unserer Generalversammlung gab Kollegen Kund einen kurzen Ueberblick über den Stand der Filiale im Jahre 1919. Daraus ging hervor, daß wir ein arbeitsreiches Jahr hinter uns haben, da das verlossene Jahr der wirtschaftlichen Verhältnisse wegen, in keinem Vergleich zu all den Vorjahren stand. Es fanden 22 Versammlungen sowie eine Vertrauensmännerkongreß statt, denen sich noch eine Reihe Vorstände, und Organisatorikongreß angeschlossen. Mehrere zusammengesezte Versammlungen mit den christlichen Kollegen sorgten für ein gemeinschaftliches Zusammengehen, wo es die Zweckmäßigkeit erforderte. Die Versammlungen waren im Durchschnitt von 40 pSt. der Mitglieder besucht. Lohnbewegungen landten 4 statt, in denen unser Lohn von 17 M. beziehungsweise M. 1 auf M. 2,18 beziehungsweise M. 2,16 stieg, somit eine Steigerung von M. 1,18 pro Stunde. Gewiß ist dies ein erfreuliches Zeichen, doch stehen wir leider im Baugewerbe immer noch an letzter Stelle, haben doch allein die Maurer, mit denen wir sonst auf einer Lohnstufe standen, um 68 M. pro Stunde überholt, eine Differenz, die sich Monat um Monat vergrößert. Hier muß mit aller Energie eingegriffen werden! Schuld sind zum Teil die geringen Aufträge sowie die Bauzeit eines Teiles der Kollegen selber. Verhandlungen wegen einer neuen Zulage sind im Gange, doch gilt es, die Schritte bei Aufstellung unseres neuen Reichstaxif wieder auszugleichen und uns wieder in den Genuss eines ansehnlichen Handwerks würdigen Lohnes zu setzen. Hierzu muß jeder Kollege sein Teil beitragen und am guten Willen arbeiten. Zur Generalversammlung konnten wir gleichfalls wieder einen Delegierten senden. Gegenüber dem Vorjahre beträgt der Reingewinn M. 1200,00. Dies aufgenommen hat 70 Kollegen, so daß wir 120 Mitglieder zählen; ungefähr 1 stehen noch außerhalb unserer Reihe. Auf die Neuordnung unserer Fachbibliothek wurde besondere Sorgfalt verwandt. Im wieder errichteten Ortsrat sind die Kollegen durch 1 Christlichen und 8 unserer Kollegen vertreten, so daß wir wohl instande sind, unsern Wünschen den nötigen Rücksicht zu geben. Der neue Reichstaxifentwurf, der der Gesamtversammlung bekanntgemacht und paragrafenweise durchgesehen wurde, fand im allgemeinen Anerkennung. Wir müssen sehen, was sich aus den örtlichen Verhandlungen herausheben läßt. Unsern Bemühungen ist es ferner gelungen, wieder einen Arbeitsnachweis ins Leben zu rufen. Ein Vortrag über das Räteystem soll die Kollegen mit dem Betriebsrätegesetz näher bekanntmachen.

Es ist somit in dem in jeder Hinsicht arbeitsreichen Jahre alles getan worden, die Kollegen zur regen Tätigkeit für unsern Verband heranzuziehen und zu kräftigen. Es gestärkt, hoffen wir, getroßt den wirtschaftlichen Kämpfen, die uns der Abschluß des neuen Reichstaxif bringen können, entgegenzutreten zu können. Zum Schluß, Kollegen, rufen wir Euch zu: „Arzu zum Verband, und frisch ans Werk.“ August Krönig.

**Königsberg i. Pr.** Am 16. Januar tagte im Gewerkschaftshaus unsere Generalversammlung, in der Kollege Mehfeld einen kurzen Ueberblick über die Fluktuation des Verband gab. Trotzdem wir während des Krieges auf 4 Mitglieder gesunken waren, haben wir, durch die Mitarbeit der Kollegen unterstützt, der Filiale zu einem guten Aufschwung verholfen. Denn es sind jetzt annähernd 600 Kollegen organisiert, und wir haben also in dieser Beziehung einen ganz guten Fortschritt gemacht. Des weiteren führte er aus, daß sich jetzt sämtliche Arbeitgeber in einem Verband zu organisieren suchten. Da unser Tarifvertrag am 15. Februar abläuft, ist es selbstverständlich, daß die Kollegen dann geschlossen hinter der Verwaltung stehen. Etwaige örtliche Verhandlungen werden aller Voraussicht nach in vielen Bezirken notwendig werden. Die Einnahme und Ausgabe deckt sich mit M. 18 184,88. Der Kassenbestand beträgt M. 2104,15. Es wurde darauf dem Kassierer Entlastung erteilt. Beim zweiten Punkt: Erhöhung der Beiträge, entwickelte sich eine lebhafte Diskussion. Da alles teurer geworden ist, sind auch wir gezwungen, mit den Beiträgen in die Höhe zu gehen. Es kam dazu ein Antrag aus der Verwaltung, die Beiträge um 30 M die Woche zu erhöhen. Dieser Antrag wurde gegen 5 Stimmen angenommen. Der dritte Punkt der Tagesordnung, Neuwahl des Vorstandes, brachte die Kollegen eine sehr schmerzliche Ueberraschung. Der langjährige Vorsitzende, Kollege Mehfeld, und auch der Kassierer Kollege Radtke, der während des Krieges die Filiale hochgehalten hat, legten ihr Amt aus Familien- und Gesundheitsrückichten nieder. Von einer Vertrauensmännerkongreß waren mehrere Kollegen vorgeschlagen. Gewählt wurden als Vorsitzender Kollege Thumann, als Kassierer der bisherige Schriftführer Kollege Rindorf. Als Beihilgen wurden die Kollegen Prakta und Bogenstein wiedergewählt und auf Antrag aus der Versammlung die Kollegen Mehfeld und Radtke dazu neu; davon sollte Kollege Radtke als Schriftführer fungieren; die Kollegen Witte und J. Schwarz als Be-

Noren und Kollege Mosck als Kartellmitglieder. Ferner...

Umsatz. Am 19. Januar tagte beim Kollegen Seitsch...

Ödnabrück. (Jahresbericht.) Durch den Krieg war...

Table with 3 columns: Date, Lohn for 1919, Lohn for 1920. Rows include 1. Januar, 1. Februar, 15. Mai, 1. November.

Durch die enorme Verteuerung aller zum Leben notwendigen...

Aheydt. Als nach Ausbruch der Revolution die deutsche...

die Arbeit nieder mit dem Erfolg, daß nach zehntägigem...

Schluß. Unsere am 29. Januar dieses Jahres abgehaltene...

Bewerkschaftliches.

Die gelben Vereine als Gewerkschaften vom Reichs-

Nun soll es aber anders werden. Der jetzige Reichs-

Bewerkschaften stehen die Arbeitsgemeinschaften in Gefahr...

Sozialpolitisches.

Zur Herabsetzung der Wehrtration wird uns geschrieben:

Zur gesetzlichen Festlegung des Achtstundentages.

„Demoralisation“. Man kann jetzt öfter über die...

